

Politik

3,5 Milliarden Euro für Masken-Murks? Schwarz-Rot vertuscht Bericht über Jens Spahn

Hat Jens Spahn einen unionsnahen Unternehmer aus dem eigenen Wahlkreis mit einem Großauftrag versorgt? Ein Bericht über die Pandemiezeit setzt den Ex-Gesundheitsminister unter Druck, doch verschwindet unter Verschluss

Von **Ulrike Baureithel**

11.06.2025

Erinnern Sie sich noch an die Zeit, als wir alle zu Nähkünstlern wurden? Oder Begabtere uns mit Produkten ihrer Nähmaschine versorgten? Die bunten Alltagsmasken verwandelten unsere Gesichter im April 2020 in lustige Fratzen, da es nicht mal für das Personal in Krankenhäusern und Altenheimen genügend FFP2-Masken gab.

Mit der Maskenpflicht begann, was später als Querdenker-Bewegung in den politischen Diskurs eingehen sollte. Denn schon damals war der Nutzen – zumindest von Alltagsmasken – umstritten. In der frühen Phase der Pandemie erklärte sogar der damalige Chef des Robert-Koch-Instituts, Lothar Wieler, sie trügen wenig zur Prävention bei. Erst als das Virus und damit die politische Panik sich ausbreiteten, erklärten Virologen zusammen mit dem damaligen Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) Masken zum Mittel der Stunde.

Eine niedrigschwellige Maßnahme, die beruhigend wirkte und die, wie man heute weiß, auch präventive Effekte hatte. Wie in jeder Krise aber rief sie auch Geschäftemacher und Risikoprofiteure auf die Bühne, unterstützt von Politikern wie Spahn, die durch hektischen Aktivismus die eigene Rat- und Hilflosigkeit zu kaschieren versuchten. Das hat, wie sich nun herausstellt, wohl mindestens 2,3 Milliarden Euro gekostet, eher mehr. Milliarden!

Margaretha Sudhof sollte die „Masken-Affäre“ aufklären – und tat es

Somit bleibt die Maske weiterhin das sichtbare Symbol der Pandemie, das Emotionen hochtreibt, übertroffen höchstens von der Impfung. Schon als 2023 bekannt

wurde, dass der Bund plane, rund 755 Millionen zertifizierte FFP-2- und OP-Masken im Auftragswert von sieben Millionen Euro zu vernichten, weil sie abgelaufen waren, war die Aufregung groß. Verantwortlich damals: Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD). Von „teurer Überbeschaffung“ war die Rede und Kritik wurde laut, weshalb die Masken nicht schon frühzeitig kostenlos an Kliniken und andere Einrichtungen abgegeben worden waren.

Der Grund liegt auf der Hand: Kein Minister, gleich welcher Couleur, hatte ein Interesse daran, die Öffentlichkeit auf das Missmanagement während der Corona-Zeit zu stoßen. Wo man doch gemeinsam bestrebt war, deren Aufarbeitung zu verhindern, indem man das Prozedere – Enquete, Bürgerrat oder anderes – zerredete.

Immerhin beauftragte Lauterbach die damalige Staatssekretärin im Bundesjustizministerium, Margaretha Sudhof, mit der Aufklärung der „Masken-Affäre“, in der es vor allem auch um Auftragsvergaben und Preise ging. Der Skandal war bekannt, denn es waren mehr als hundert Klagen von Maskenlieferanten anhängig, denen der Bund noch viel Geld schuldete. Darunter auch der Sohn des ehemaligen Bundeskanzlers, Walter Kohl. Die Sonderermittlerin lieferte offenbar so Brisantes, dass es Lauterbach unterm Deckel hielt. Dann kam der Wahlkampf.

Was „Süddeutsche Zeitung“, NDR und WDR herausgefunden haben

In anderen Zeiten hätte Lauterbach den Bericht wohl als Munition genutzt. Aber wahrscheinlich rechnete die SPD damals schon damit, als Junior mit im Boot der Union zu landen – mit Spahn als Fraktionsvorsitzendem. Und Lauterbach hatte bis zuletzt die Hoffnung, im Amt zu bleiben. Dass die Union das Gesundheitsministerium mit dem eigenen Gewächs bepflanzte, war Pech für ihn und Glück für Spahn. Denn die neue Gesundheitsministerin, Nina Warken (CDU), erklärte den Bericht zur „Verschlusssache“.

Doch die Maske klebt an Spahn wie nichts anderes.

Investigativjournalisten von *Süddeutscher Zeitung*, NDR und WDR haben wohl eine lecke Stelle gefunden im Ministerium und einen Teil des Berichts, insgesamt 170 Seiten, einsehen können. Da ist von einem Gesundheitsminister Spahn zu lesen, der, im Furor, der Pandemie irgendetwas entgegenzusetzen, im März 2020 ein Open-House-Verfahren zur Maskenbeschaffung in Gang setzte.

Das hieß: Jeder, der konnte, sollte dem Bund FFP2-Masken liefern, egal wie, Bezahlung garantiert. Dabei übergang Spahn das eigentlich zuständige Beschaffungsamt im Innenministerium und auch die Warnungen aus dem eigenen Haus. Spahn, ist anzunehmen, war in Panik, er musste liefern. Wenn man sich an die Konkurrenzsituation erinnert, die damals um zertifizierten Mundschutz herrschte, mag das irgendwie nachvollziehbar sein. Allerdings hängte Spahn – wir sind ja Deutschland und reich – den großen Maxe raus: Wir zahlen 4,50 Euro pro Stück. „Marktgerecht“, sagte Spahn; total überteuert, hieß es schon damals.

Dieser Deal ist besonders heikel für Jens Spahn

Die Schweizer Firma Emix war sogar mit 5,40 Euro dabei. Im Lockdown sehen die einschlägigen Produzenten Morgenrot, selbst die, die gar nichts zu verkaufen haben, wie sich später herausstellt. Wie an der Börse, wo mit nicht vorhandenen Werten gehandelt wird. Das für Spahn nun wirklich Kompromittierende am Sudhof-Bericht ist jedoch ein Deal mit heftigem Geschmäckle.

Denn immerhin muss es sein Ziel gewesen sein, die Abermillionen von teuren Masken schnell und bedarfsgerecht zu verteilen. Doch statt den Auftrag republikweit auszuschreiben, erinnert sich der Minister an einen (vielleicht schon mal parteigefälligen) Logistiker im Münsterland, wo Spahn herkommt und seinen Wahlkreis hat. Er beauftragt die Firma Fiege mit Lagerhaltung und Verteilung, auch das trotz mehrerer Interventionen an den offiziellen Wegen vorbei.

Das Innenministerium wird erst im Nachhinein informiert, die Vorbereitungen des Corona-Krisenstabs, den Auftrag von DHL und Schenker durchführen zu lassen, missachtet er. Es handelt sich um Leistungen von 1,5 Milliarden Euro. Nur, leider, das Unternehmen Fiege ist infolge der zu transportierenden Masse völlig überfordert. Aufgrund des Überangebots tritt das Bundesministerium für Gesundheit von Lieferverträgen zurück, mit den beschriebenen Folgen. Zuzüglich der Verzugszinsen könnte das von Spahn befeuerte Debakel auf 3,5 Milliarden Euro anwachsen. Unglaublich angesichts der Haushaltslage.

Welche Folgen wird die Masken-Affäre für den Unions-Fraktionsführer haben?

Nun war die Coronapandemie fraglos eine Herausforderung. Sie hätte es nicht sein müssen, hätte man die Erfahrungen mit Epidemien in anderen Ländern und die in der Schublade liegenden Pandemiepläne ernst genommen. Im Nachhinein vergossene Milch, die man in Berlin aber zumindest hätte aufwischen können in Form einer nachdrücklichen Aufarbeitung. Die wollte niemand, da hat das Kabinett Merkel IV unter willfähriger Beteiligung der SPD bis zuletzt und nur mit einzelnen Gegenstimmen eisern zusammengehalten.

Natürlich kann man nun den Rücktritt von Spahn fordern, wie es Paula Piechotta von den Bündnisgrünen tut, die im Haushaltsausschuss sitzt. Dieser reklamiert schon länger die Herausgabe des Sudhof-Berichts. Piechottas Vermutung, er könne geschönt oder von Warken ganz in den Orkus geschickt werden, ist durchaus berechtigt. Jan van Aken von den Linken fordert von den beiden Regierungsparteien einen Untersuchungsausschuss.

Welche Folgen die Masken-Affäre für Unions-Fraktionsführer Spahn noch haben wird? Wer weiß. Gerade hat der Bundesrechnungshof einen Bericht veröffentlicht, der Spahns „planlos verpulverte Milliarden“ für die Krankenhäuser inkriminiert. Und Gesundheitsministerin Warken? Rückt sie den Bericht nicht heraus, könnte das zum frühen Stolperstein werden. Keine guten Omen für Kanzler Friedrich Merz (CDU), der immerhin von sich sagen kann, er habe mit den Coronamaßnahmen gar nichts zu tun. Es sei denn als Profiteur während seiner Zeit als Blackrock-Manager.

¶